

Die Relativierung des Wachstumsfetischs

Interview mit Daniela Kolbe



☞ Daniela Kolbe ist MdB, Vorsitzende der Enquete „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und stellvertretende Vorsitzende des Forum DL 21. Sie lebt in Leipzig.

Foto: © Anke Jacobs

spw: Seit April diesen Jahres liegt der Entwurf des Berichts der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestages vor. Er behandelt ein sehr umfangreiches thematisches Spektrum: Von der Bedeutung des Wirtschaftswachstums sowie Möglichkeiten und Grenzen seiner Entkopplung vom Ressourcenverbrauch über die Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstandsindikators sowie ordnungspolitischen Rahmenbedingungen bis hin zu den Perspektiven nachhaltigerer Arbeitswelten und Lebensstile. Berichte solcher Kommissionen sind notwendigerweise konsensuale Formulierungen. Welche progressiven Ansätze und Debatten konnten sich durchsetzen?

» **D.K.:** Einen progressiven Konsens konnten wir in der Debatte über die Grenzwerte der Umweltnutzung erzielen. Wir haben nach monatelanger Detailarbeit fraktionsübergreifend grundlegende Schlussfolgerungen niedergeschrieben, die bei ernsthafter Beachtung in Zukunft die Umwelt-,

Energie- und Wirtschaftspolitik in unserem Land merklich verändern werden. Wir sagen: Die Grenzen der Belastungsfähigkeit unseres Planeten sind die Grenzen unseres Wirtschaftens. Eine Entkopplung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch und von der Belastung der Umwelt ist zwar dringend geboten, reicht aber allein nicht mehr aus. Wir müssen mit den Verbräuchen in der Summe runter. Die Naturvernutzung muss absolut reduziert werden. Das bestreiten auch Liberale und Konservative nicht mehr. Die naturwissenschaftlichen und historischen Fakten sind hier schlicht zu schwerwiegend um sie noch leugnen zu können.

Auch die Relativierung des Wachstumsfetischs konnten wir durchsetzen. Mittel zum Zweck eines besseren gesellschaftlichen Lebens ja, Selbstzweck nein, so lautet die Formel. Zudem ist es uns gelungen, eine umfassende Wohlstandsmessung zu vereinbaren, die ökologische und soziale Maßstäbe in Beziehung setzt zu wirtschaftlichen Kenngrößen, und auch die Zielkonflikte zwischen ihnen benennt.

spw: Worin bestanden die wesentlichen Konfliktlinien zwischen den politischen Lagern, insbesondere im Hinblick auf den Wachstumsbegriff und eine mögliche Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch?

» **D.K.:** Vereinfacht gesagt wollte Schwarz-Gelb diskutieren, wie die Gesellschaft umgestaltet werden müsse, um auch in Zukunft weiter hohe und steigende Wachstumsraten zu haben. Die Opposition hingegen hat danach gefragt, wie ein gutes

Leben für alle auch dann erreicht werden kann, wenn die absoluten Wachstumsraten in Zukunft geringer ausfallen werden. Innerhalb der Opposition ist es allen Unterschieden zum Trotz gelungen, gemeinsame Wegmarken für eine sozial-ökologische Transformation festzulegen. Der Wachstumsbegriff war jedoch nicht der zentrale Gegenstand unserer Analyse, sondern die Frage der Gestaltung des Wirtschaftslebens insgesamt. Wie, womit, zu wessen Nutzen usw. Das Wachstum spielt in diesem Sinne lediglich eine abgeleitete Rolle.

Hinsichtlich der Entkopplung haben wir wie eingangs erwähnt Einigkeit in der Analyse erzielen können, jedoch hat sich die Koalition standhaft geweigert daraus Konsequenzen zu ziehen. Anstatt konkrete Maßnahmen zu nennen, hat Schwarz-Gelb lediglich wolkig-allgemeine Kriterien aneinander gereiht. Die Opposition hingegen hat übergreifende Antworten für die Sicherung der Rohstoffe und den Schutz von Atmosphäre, Böden und Ozeanen gegeben. Wir haben gesagt: Man muss vor Ort genauso handeln wie auf globaler Ebene, und zwar in abgestimmter Weise. Union und FDP haben hingegen die Verantwortung auf internationale Ebene geschoben und sowohl Handlungsbedarf als auch Handlungsfähigkeit auf nationaler Ebene geleugnet. Das hat mich angesichts der eindeutigen Analyse schon schwer verblüfft.

spw: Die großen politischen Diskurswelten in Deutschland gruppieren sich nicht nur zwischen progressiver und konservativer Richtung, sondern auch entlang der Frage, ob Wachstum eher als Lösung oder als Problem angesehen wird. Wie hast Du die Debatte innerhalb des linken Lagers wahrgenommen?

» **D.K.:** Natürlich gab es auch innerhalb der Opposition Unterschiede, gerade Grüne, aber oft auch Linke, haben Wachstum auch dann abgelehnt, wenn es

Mittel zu einem vernünftigen Zweck war. Aber machen wir uns nichts vor: auch in der SPD wird diese Debatte keineswegs einheitlich geführt. So haben auch wir im Zuge der Euro-Krise Wachstum wieder sehr stark als Ziel an sich kommuniziert. Stattdessen hätten wir politische Ziele wie den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit oder die Erholung der Volkswirtschaften Südeuropas nach vorne stellen sollen, die zu verfolgen legitim an sich ist. Ich werbe dafür, dass auch wir als Sozialdemokratie mit dieser Frage sensibler umgehen. Wir müssen klar kommunizieren, dass unsere Idee von Wachstum eine gänzlich andere ist als die der Konservativen: Wir wollen, dass Menschen in Arbeit sind und sich ihr materieller Wohlstand erhöht, wir wollen Wachstum nicht, um die Bilanzen der großen Konzerne zu schönen.

Noch ist unsere Gesellschaft nicht so weit, um emanzipatorische Ziele ohne Wachstum zu erreichen. Aber wir sollten uns dringend darauf vorbereiten, indem wir unsere Wirtschaft, aber auch den Arbeitsmarkt, die Sozialsysteme oder die öffentlichen Haushalte resilienter gegen ausbleibendes Wachstum aufstellen. Dazu haben wir als Opposition einige konkrete Vorschläge gemacht in unserem Sondervotum zum Thema „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“, etwa die Einführung der Bürgerversicherung, die Umgestaltung des Steuersystems oder eine Verkürzung und Umverteilung der allgemeinen Arbeitszeit.

spw: Aus der Perspektive der sozialen Gerechtigkeit ist der ökologische Umbau eng mit der Verteilungsfrage verknüpft. Wie ging die Kommission mit dem Problem um, wer die Kosten einer nachhaltigen Transformation trägt? Welche Schritte und Strategien sind aus Deiner Sicht erforderlichlich?

» **D.K.:** Klar ist, dass ein ökologischer Umbau nur gelingen kann, wenn Ar-

beitnehmerInnen und Gewerkschaften nicht nur „mitgenommen“ werden, sondern eine sozial-ökologische Transformation aktiv gestaltend entwerfen. Die Ausgangsanalyse muss dabei meines Erachtens die Verteilungswirkung der ökologischen Krise sein, nicht die vermeintlichen oder tatsächlichen unsozialen Folgen ökologischer Politik. Denn Fakt ist: sowohl im globalen Maßstab als auch in unserer Gesellschaft treffen ökologische Schäden gerade jene am härtesten, die nicht genug Ressourcen haben ihnen zu entkommen. Wer kein Haus im Grünen kaufen kann, sondern in dicht besiedelten Wohngebieten lebt, der leidet stärker unter Luftverschmutzung oder Lärmbelastung. Und die aufgrund der Zerstörung der Ökosysteme immer häufiger auftretenden Naturkatastrophen dort verheerendere Schäden anrichten, wo den Menschen die finanziellen und technologischen Mittel fehlen um sich zu schützen. Die Zerstörung des Planeten ist eine soziale Frage, die sich zunehmend verschärft.

Diese Erkenntnis entbindet uns natürlich nicht von der Aufgabe, auch den ökologischen Umbau sozial gerecht zu organisieren. Dazu hat die Kommission Vorschläge gemacht, etwa einkommensschwachen Haushalten Anschaffungszuschüsse für energieeffiziente Geräte zu gewähren, oder aber progressiv steigende Stromtarife, damit Strom über eine bestimmte Grundmenge hinaus teurer wird. So kann Energiearmut bekämpft werden ohne Ressourcenverbrauch pauschal attraktiv zu machen.

spw: Angesichts seiner Komplexität ist das vorgeschlagene neue Wohlstands- und Fortschrittsmaß „W3-Indikatoren“ schwer kommunizierbar. Zudem sind bereits vorhandene Indikatoren teils präziser und die Gewichtung der eingehenden Indikatoren ist umstritten. Wird sich das neue Maß für Lebensqualität als Alternative zum BIP etablieren können?

» **D.K.:** Das sehe ich nicht so. Jeder Kleinwagen hat mehr Informationen auf einem Armaturenbrett versammelt als unsere Wohlstandsindikatoren. Ich bin überzeugt, dass die Menschen, JournalistInnen und politische Entscheidungsträger zumal, mit mehreren Informationen umgehen und sie zueinander in Beziehung setzen können. Allerdings will ich nicht verhehlen, dass mir aus Kommunikationsgründen die Idee eines integrierten Indikators durchaus charmant vorkam, und sei es nur als „Teaser“ für eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Set. Jedoch wären genau dann enorm wertbehaftete Gewichtigungsfragen zum Tragen gekommen, die das nun gewählte Verfahren vermeidet.

In der SPD waren wir uns einig, dass es mit den Wffi-Wohlstandsindikatoren erstmals gelingen kann, ökonomische, ökologische und soziale Kennzahlen in einer Gesamtschau zu betrachten, zu bewerten und die politisch Verantwortlichen diesbezüglich zu kontrollieren. Es ist keineswegs so, dass es bisher an fachpolitischen Indikatorensystemen und Berichten mangelte. Jedoch ist es noch nie auf kompakte Weise gelungen, den Blick aufs Ganze zu lenken und die Zielkonflikte herauszustellen und gleichzeitig politisch verantwortliche Akteure zu verpflichten, hierzu Stellung zu nehmen. Genau das streben wir mit den Wffi-Wohlstandsindikatoren, dem darauf aufbauenden Jahreswohlstandsbericht einschließlich einer Pflicht zur Stellungnahme durch die Bundesregierung an.

Noch eines zum BIP. Das Ziel der Kommission war es nie, das BIP abzulösen, sondern ihm den rechten Platz zuzuweisen. Das BIP ist ein pragmatisches und recht aktuelles Maß zur Messung von Wirtschaftsleistung. Dazu taugt es einiger Mängel zum Trotz recht gut, und das wird es auch bleiben. Dass das BIP die Rolle eines universellen Indikators zur Beurteilung von Lebensqualität und Wohlstand

eingenommen hat, steht zu recht in der Kritik. Dafür eignet es sich nicht. Dazu wollen wir mit unseren Vorschlägen eine Alternative bieten.

spw: Welche Ressourcen und Debatten brauchen wir, um nachhaltigere Lebensstile zu fördern oder zu ermöglichen?

» D.K.: Zunächst einmal sollten wir uns klar machen, wer wirklich nachhaltig lebt in unserer Gesellschaft. Entgegen dem öffentlichen Bild einer hochgradig umweltbewussten oberen Mittelklasse einerseits und einer öko-ignoranten Unterschicht verhält es sich tatsächlich genau umgekehrt. So sind es doch gerade traditionelle, einkommensschwache Milieus, die nicht genügend Geld für schwere Autos, weite Reisen oder große Häuser haben, und deshalb eine gute Umweltbilanz vorweisen. Wir haben diese Milieus als „unfreiwillige Klimaschützer“ bezeichnet. Hingegen steigt mit dem Einkommen tendenziell auch der Umweltverbrauch. Die Präferenzen der oberen Mittelschicht für einen nachhaltigeren Lebensstil schlagen sich eben nicht unmittelbar in entsprechenden Handlungen nieder. Daran müssen wir arbeiten.

Unseren Erkenntnissen nach liegt das auch daran, dass nachhaltige Lebensstile nicht nur oft kostspieliger sind, sondern auch schwerer zugänglich. Es ist aufwändig, sich nachhaltig zu ernähren, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen oder umweltverträglich zu bauen. Ich bin zwar dagegen, die Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften auf Verbraucherinnen und Verbraucher abzuwälzen, Staat und Industrie sind grundsätzlich als erste in der Pflicht. Aber denjenigen, die nachhaltigeren Lebensstilen offen gegenüber stehen, sollten wir das Leben nicht auch noch erschweren. Die Barrieren für solche Lebensstile müssen fallen. „Nachhaltig“ muss die Standard-Option werden.

Wie viele Menschen würden beispielsweise aus einem nachhaltigeren Stromtarif aktiv heraus wechseln?

Außerdem muss der Staat als Nachfrager vorangehen. Nachhaltige Beschaffung sollte selbstverständlich sein. Die Zulassung zu Ausschreibungen könnte noch stärker an Kriterien der Nachhaltigkeit geknüpft sein.

Alles in allem ist es eben nicht mit Aufklärung getan. Erkenntnis allein reicht nicht aus. Ordnungspolitische Rahmenbedingungen sind nötig, damit nachhaltige Lebensstile von einem individuellen Randphänomen zum gesellschaftlichen Standard werden. ■

☞ Das Interview führte Stefan Stache.